

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 30. Juni 1904.

№ 74.

**Achtung!** Bestellungen auf das III. Quartal des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

### Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Fortsetzung.)

Für uns Buchdrucker gab es für die diesmalige Berichtsperiode zwei Vorgänge von größerer Bedeutung: die Tagung des Tarif-Ausschusses und die Beendigung des Leipziger Schriftgießervertreits. Beide riesen mehr oder weniger unangenehme Empfindungen hervor. Der Tarif-Ausschuß ließ resp. mußte die mancherlei Forderungen und Wünsche unerfüllt lassen, welche ihm von verschiedenen Seiten unterbreitet waren; er achtete nicht der freundlich aber deutlich gehaltenen Hinweise, sondern befriedigte sich konsequenterweise auf unsere Gesetze, die zu zerrümmern für ihn am letzten Ursache vorlag. Nun wird von denen, welchen die Zeit im österreichischen Landsturmtempo marchiert, zornig über „geknickte Hoffnungen“ gemurmelt und das, was so vielen hoch und heilig erscheint, als Teufelswerk verächtet. Na, auf Regen folgt ja Sonnenschein! — Der Leipziger Schriftgießervertreit war aber die weitaus schmerzlichere Erscheinung unserer jüngsten Buchdruckerzeitgeschichte, mußte er doch nach fünf- undzwanzigwöchiger Dauer am 11. Mai beendet werden, ohne daß die in voller Geschlossenheit dahingehenden Ausständigen ihre Forderungen durchgedrückt saßen. Unter diesen Umständen war es noch ein annehmbarer Erfolg, daß die Vertreter der Leipziger Gießer der ihnen unterbreiteten Tarifvorlage die schlimmsten Witzspiele ausziehen konnten; das herbe Urteil der Berliner Gießer über den neuen Leipziger Tarif in Nr. 69 muß daher doch wohl als zu weitgehend bezeichnet werden. Der starke, unbesungene Sinn der Leipziger Gießerprinzipale, denen zum Teile die Nachhilfe des Strafrichters erst die nötige Stimmung zur Siegesfeier machen muß, ist — das muß einmal offen ausgesprochen werden — verdammt schlecht geeignet, die gerade in letzter Zeit in Leipzig wieder ertönenden Sphärenklänge, die von den Leipziger Buchdruckerprinzipalen ausgehenden Anregungen zu einem innigeren Kontakte auf beruflichem Gebiete ernst zu nehmen. Denn wofür die Leipziger Gießer ihre Konditionen in die Schanze schlugen, war doch kein Vorstoß zu neuen Erörterungen, sondern nichts anderes als das in der Tarifgemeinschaft so offenkundig zum Ausdruck kommende und namentlich in Leipzig immer als so notwendig betonte Ausgleichende der Konkurrenzverhältnisse. Ueber diese beim letzten Gießervertreit so augenfällig gewordene Zweifelsentheorie Leipzigs kommen wir daher nicht hinweg!

Die abgehaltenen Bezirksversammlungen und Gantage haben verschiedentlich Anlaß zu Erörterungen, in welcher Weise der in der Gewerkschaftsbewegung so sehr nötige Idealismus besser gepflegt und zu höherer Entfaltung gebracht werden kann. Es ist das ein Punkt, dessen Wichtigkeit und Dringlichkeit weitgehend Beachtung erheischt. Wir dürfen uns nicht begnügen, daß unser Hauptvorstand in seinem Jahresberichte von recht betrübenden äußeren Erfolgen sprechen kann, sondern müssen auf die innere Entwicklung ebenso großes Gewicht legen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Buchdruckergewerbe werden wir von jetzt an in erster Linie nach den von unserer Hauptverwaltung gegebenen monatlichen Ausweisen über die verzeichneten arbeitslosen Tage schildern. Daß vom März sowie April eine wesentliche Verbesserung des Beschäftigungsgrades und von da ab eine allmählichere Eintritt, ist erfahrungsgemäß. An den Gegenüberstellungen mit den vorjährigen Ziffern läßt sich jedoch eine nicht unwesentliche Besserung in diesem Jahre erkennen. Der Verband der Deutschen Buchdrucker hatte nämlich im März 1,79 Proz. Arbeitslose gegen 2,58 Proz. im 1903, im April 2,73 Proz. gegen 3,26 Proz. und im Mai 3,66 Proz. gegen 4,56 Proz. Wie die Berichte aus den einzelnen Orten erkennen lassen, nimmt die Arbeitslosigkeit an Ausdehnung weiter zu, wird aber allenthalben hinter der vorjährigen und ganz beträchtlich hinter deren Grade von 1902 zurückbleiben.

In der Organisation der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter beschäftigt man sich in den letzten Monaten recht lebhaft mit Fragen, die unsere Druckerkollegen im speziellen und dadurch wieder unsern Verband im allgemeinen berühren. Die Redaktion der „Solidarität“ meinte zwar gelegentlich unfröher Kontroverse mit diesem Blatte wegen einer etwas eigenartigen Benutzung des „Corr.“, wir saßen ungefähr nach der Art des Vogel Strauß an diesen Fragen vorbei, sie konnte mit diesem Vorwurfe auf uns jedoch keinen Eindruck machen, weil es gar nicht in unfrer Absicht lag und erweislich nicht unseren Gesplogenschaften entspricht, uns irgendwie vorbei zu drücken. Die in der Hilfsarbeiterorganisation im Vorbergrunde stehenden Fragen bedingen zu ihrem Austrage aber nicht unfrers „hochwohlweisen“ Senes, sondern erfordern zu einer nach Möglichkeit erreichbaren befriedigenden Lösung in erster Linie einer Verständigung der beiden Organisationen. Und da der Vorstand der Hilfsarbeiterorganisation wie der unsern Verbandes und auch die Zentralkommission der Drucker in Berlin domizilieren, so liegt das Gute ja so nahe! Wenn die Hilfsarbeiter in dem Anlageapparate einen gefährlichen Konkurrenten erblicken, wenn sie meinen, die Drucker würden das Einmachinensystem mit Hilfe des Anlageapparates, gewissermaßen also auf Kosten des Hilfspersonales einführen wollen, wenn die Hilfsarbeiter sich darüber empören, daß die Tiegeldruckpressen, die früher so verpöhteten „Tretmühlen“, nur noch von gelehrten Maschinenmeistern bedient werden sollen — eine der Forderungen, welche zu besprechen der Tarif-Ausschuß diesmal einfach ablehnte —, weil dadurch in Berlin allein etwa 100 Tiegeldrucker arbeitslos werden würden und deshalb die Anträge der Drucker zur letzten Sitzung des Tarif-Ausschusses als rücksichtslos gegen das Hilfspersonal selbst von der Redaktion der „Solidarität“ bezeichnet wurden, wenn weiter die Frage des Bestehens der Maschinenmeister den Forderungen der Hilfsarbeiter gegenüber, sowie bei Konfliktsfällen und bezüglich des Anlernens von Streikbrechern oder arbeitswilligen Mädchen als Anlegerinnen in eingehender Weise erörtert wird, so sind das in der Tat schwerwiegende, der Reibungsflächen genug bietende Punkte, die alle Beteiligten zu ernstem Nachdenken anregen müssen. Es wird und muß sich aus diesem Dilemma ein gangbarer Ausweg finden lassen, es kann da nicht einfach in die Welt hinausgeschleudert werden, wie es die Berliner Hilfsarbeiter wieder am 17. März d. J. getan, welche bei ihrer alten Forderung zu bleiben beschloßen: „daß an jeder mit Anlageapparat versehenen Schnellpresse ein organisierter Anleger beschäftigt werden muß, unbedingt festzuhalten. Die Versammelten konnten in der Erfindung des Anlageapparates keinen technischen Fortschritt zur Hebung der Leistungsfähigkeit in der Druckindustrie erblicken, sondern sehen darin nur das Bestreben des Unternehmers, die Löhne des Hilfspersonales zu verringern, den Arbeitsmarkt künstlich zu überlasten, somit die Organisation lahm zu legen und dadurch die Existenzmöglichkeit der Hilfsarbeiterchaft herabzudrücken. Diejen Bestreben mit aller Macht und allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten, wird die vornehmste Aufgabe unserer Organisation sein. Daß die organisierten Maschinenmeister an den in Betracht kommenden Maschinen alle Hilfsarbeiterarbeiten nach wie vor verweigern werden, erwarten wir als selbstverständlich.“ Mit einer derart schwilligen, zum Teile sogar direkt rücksichtlichen Resolution ist doch rein gar nichts anzufangen; wenn Buchdrucker eine solche bezüglich der Schnmachinen gefaßt hätten, würden sie von aller Welt ausgelacht werden. Wie also schon vorausgehend gesagt, derartige tiefgehende Fragen lassen sich in keiner Versammlung, wo ja bei manchem ein sonst nicht oder nur schwach vorhandener Mut in der Brust seine Spannkraft löst, und lassen sich auch nicht auf öffentlichem Markte, in der Presse, praktisch beraten, dazu bedarf es vielmehr in erster Linie des gekennzeichneten Weges.

Die Buchbinder rüsten zu ihrem Verbandstage. Es ist das allgemein eine Zeit des gährenden Mostes, bei unfrer Schwägern natürlich nicht minder. Ohne auf die eckeliche Zahl von Anträgen einzugehen, wollen wir nur anführen, daß unter denen auf eine Erweiterung des Unterstützungsweises hinauszulaufenen einige ein wahres

Raketenfeuer von Angriffen erfuhren; so hat im besondern der Antrag auf Einführung einer „Brantaussteuerunterstützung“ viele Zintenströme entsefelt. Ein kurioses Ding ist das ja auch auf alle Fälle. Nebenbei spielt die Verlegung des Verbandssitzes nach Berlin oder Leipzig eine Rolle, der Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“ bekommt auch die vielfältigsten Beweise geliefert, daß ein Gewerkschaftsredakteur der Allverweltbürgelunge ist, zumal wenn er die gewerkschaftliche Neutralität nicht nur als ein prächtig geschmücktes Paradepeß, sondern als einen in allen Hindernissen zu verwendenden und brauchbaren Gaul betrachtet, wie es Schmidt tatsächlich tut.

Die Buchbinder haben aber auch sonst noch Schmerzen und zwar ist es in erster Linie die Tarifgemeinschaft, welche so wenig befriedigen will. Das heißt, unsere Schwäger sind keineswegs in radikale Purzelbäume verfallen, sondern befinden sich vollständig auf dem „weichen Krichthausen der Gewerkschaftsduffelei“, aber die Latenlosigkeit ihres Tarif-Amtes fordert allgemein die Kritik heraus. Diese oberste Tarifbehörde hat zwar unlängst endlich wieder zwei Lebenszeichen von sich gegeben — die Herausgabe einer Geschäftsordnung für Schiedsgerichte und die Fällung eines Schiedspruches —, aber beides, vornehmlich jedoch der Berufungsschieds, begegneten Angriffen von allerseits. Es will jedenfalls etwas besagen, wenn die durchaus tarifgemeinschaftliche Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ unlängst schrieb: „So findet die Unzufriedenheit über die ganze Tarifgemeinschaft in unseren Kollegentreisen immer neue Nahrung, die noch recht wesentlich dadurch gestärkt wird, daß die notwendige Arbeit, die Umänderung des Vorwortes, nicht gemacht ist und überhaupt nicht vom Stiefe rückt, trotz wiederholter Bemühungen unserer Vertreter im Tarif-Amte. Die Herren Prinzipale haben eben nie Zeit zu solchen für sie nebenjächlichen Sachen. Der Dresdener Verbandstag wird der Sache hoffentlich eine Wendung geben. Entweder muß der Versuch gemacht werden, das Tarif-Amte von Leipzig weg zu verlegen, um ihm dann vielleicht etwas mehr Nüchrigkeit einzupumpen. Oder aber, wenn die Sache gar nicht gehen will: dann in Gottes Namen zum Teufel mit dieser ganzen Tarifgemeinschaft! So kann es auf keinen Fall weiter gehen.“

Die internationalen Beziehungen sind auch nicht zufriedenstellende. Mit dem österreichischen wie mit dem ungarischen Verbands hat die deutsche Organisation schon seit dem vorigen Jahre Gegenständigkeitsdifferenzen, die zu einschneidenden Änderungen in dem gegenseitigen Verhältnisse führten, durch den letzten österreichischen Verbandstag ist nun aber auch noch eine Darlehensangelegenheit gegen den deutschen Vorstand ausgespielt worden, so daß letzterer gegen die österreichische Leitung recht deutlich wurde und dieser eine Vorlesung über das einem Schuldner zukommende Betragen hielt.

Die Lithographen und Steindrucker haben die Abweisung ihrer Tarifvorlage, etwas anders ist ja die gedrehteste Frankfurter Resolution nicht, mit einer ziemlich klugen Hingegenommen. Jedenfalls folgt dieser Schwallde aber bald ein reinigendes Gewitter; wir werden ja sehen. Für die Lithographen wurde die Weisung ausgegeben, namentlich bei den Firmen energisch vorzugehen, welche den Tarif noch nicht anerkannt haben. Der Verein der Lithographen und Steindrucker wird in der zweiten Julihälfte seine Generalversammlung in Dresden abhalten, Beitrags-erhöhung und Ausbau des Unterstützungsweises werden die Hauptgegenstände der Beratungen bilden. Aber auch der Senefelberbund steht vor dem gleichen Schritte, damit die Mitglieder desselben nicht zurückstehen und nicht fahnenflüchtig werden. Diese beiden Vereinigungen stehen sich also direkt im Wege; das beste wäre, man würde sich in diesem Jahre für eine Verschmelzung erklären.

Die Bergleute haben den Tod eines ihrer Besten zu beklagen, nämlich des ehemaligen Redakteurs vom „Glück auf“ und zuletzt als Expedient und Weberseher an der „Bergarbeiter-Zeitung“ tätig gewesenem W. W. L. a. d. w. i. j., der sich um die Bergarbeiterbewegung hoch verdient gemacht hat. Infolge schwerer Körperlicher Leiden schied er freiwillig aus dem Leben. — Wegen das Stilllegen von Zeichen demonstrierte am Himmelfahrtstage eine große Bergarbeiterkonferenz in Effen. Es wurde die Beschlagnahme und Ausbeutung der stillgelegten Gruben durch

den Staat und die Verstaatlichung des ganzen Bergbaues gefordert. Am 1. Juli wird aber schon wieder eine Fede und zwar Bielefeld Tiefbau zum Ruhen gebracht. Die Bergwerksgesellschaften versuchen mit den unverkäuflichen Mitteln über ihre gemeinschaftlichen Praktiken hinwegzutäuschen, welche Absicht aber doch nicht nach Wunsch gelingt. So wollen sie glauben machen, daß die Bergleute der angekauften Feden nicht entlassen, sondern anderwärts beschäftigt würden. Eine Gemeindevorwaltung hat aber in einer Denkschrift diesen kapitalistischen Schwindel aufgedeckt, indem sie in dieser Beziehung sagt: „Den Angaben, die Bergwerke würden weiter betrieben, bitten wir dringend, keinen Glauben schenken zu wollen, denn wenn auch die Arbeiter nicht direkt gekündigt werden, so werden dafür aber die Lohn- und Akkordsätze so verschlechtert, daß die Leute schon von selbst abkehren und neue werden nicht angenommen.“ Die Konferenz stellte dann noch eine ganze Reihe von Forderungen auf. Unter anderem wird auch die Anerkennung der Gewerkschaften als gesetzliche Vertretung der in ihnen vereinigten Arbeiter sowie die Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeiterausschüssen zur unmittelbaren Vertretung der Arbeiterinteressen und zur Anbahnung und Ausgestaltung von Tarifverträgen, vor allem aber vollständig freies Vereins- und Versammlungsrecht gefordert. Wie grauenvoll rückständig in diesen Hauptpunkten die Verhältnisse in den Bergrevieren noch liegen, davon in nachstehendem noch einige erschreckende Beleg.

In Saarbrücken hat nämlich sieben Tage lang der Staat als Arbeitgeber auf der Anlagebank gesessen. Was in diesem während der ersten fünf Tage vor den Schranken des Saarbrücker Landgerichtes verhandelten sogenannten Saarprozeß sich alles abspielte, war der ärgste Hohn auf die gewerkschaftliche und politische Freiheit, auf die auch einem in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zuziehenden staatsbürgerlichen Rechte. Das in grellen Farben schillernde Bild des verstorbenen Königs Stumm und seiner Helmbuten verblaßt kläglich vor der Usurpatorerscheinung des Geheimrates Hilger, welcher den königlich preussischen Bergfiskus in Saarrevier zu repräsentieren hat und dies nach allen Richtungen hin in einer Weise tut, die nicht erst durch diesen letzten Gang nach und vor dem Gerichte, sondern schon durch die Vehmprozesse aufsehen und Entrüstung erregt hat. Der „Corr.“ hat die mehr wie eigenartige Hilgerischen Herrscherallüren damals schon gekennzeichnet. Die Zwischenzeit hat auf diesen Mann, welcher berufen sein mußte, die ihm unterstellten Staatsbetriebe zu Musterbetrieben zu machen, aber nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Es wird dort unten fortgemurrt in dem System schlummernder Unfreiheit, nach dem Rezepte feudaler Gewalt über Sein oder Nichtsein; manche mögen das ja als patriarchalisches Verhältnis bezeichnen und preisen, es ist aber nichts weiter als nackter Absolutismus, dem alles unterworfen ist, vom geringsten Arbeiter bis zum Gendarm. Und in diesem Fahrwasser soll es nach der Erklärung Hilgers im Saarreviere trotzallem weitergehen, denn nichts hat den Herrn Geheimrat mehr von der Vortrefflichkeit seines Systems überzeugt, als gerade dieser Prozeß, über den alle Welt entsetzt die Hände über dem Kopfe zusammenschlägt, obwohl ein großer Teil der sonst so skandalisierenden bürgerlichen Presse von diesem Prozeße wohl nur unter dem Depeschenteile das Urteil gebracht, die herrlichen Vorzüge des Staates als Musterarbeitgeber also einfach totgeschwiegen hat. Der entlassene Bergmann Krämer und dessen Berater haben sich einfach ein Verdienst erworben, indem sie dieses Geschwür mit kühner Hand aufstachen. Was sind drei Monate Gefängnis, die nicht einmal vor einer dem Saarmilieu entrückten Instanz aufrecht erhalten werden können, im Vergleich zu der löblichen Tat der Aufdeckung dieser in unserm Zeitalter kaum glaublichen Zustände von Fabrikhörigkeit? Denn nicht um die von dem nationalliberalen Bergrate Hilger offenbarte unbegrenzte Abneigung gegen die Zentrumsparlei im allgemeinen und die „Dasbachpresse“ im besondern dreht sich die Sache in ihrem Kerne, sondern die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Bergrevieren des Saarreviers, die Behandlung der Bergarbeiter in ökonomischer und politischer Beziehung bildeten den springenden Punkt der siebenjährigen Verhandlungen in Saarbrücken. Nach Hilgers Ansicht können es zwar die Bergleute mit der Ausübung des Koalitionsrechtes halten wie sie wollen, aber, sagt er: „Ich brauche doch die Leute nicht zu dulden, das schließt das Koalitionsrecht nicht ein!“ Der in diesem Prozeße antretende Staatsanwalt ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er erklärte, die Bergleute hätten überhaupt kein Recht zur Koalition. Natürlich war für organisierte Bergleute kein Weibens auf den Saargruben; aber auch die christlich-organisierten Arbeiter finden keine Gnade vor Hilgers Augen, denn nach dem Aussprache eines Verteidigers dieses Herrn unterscheidet sich der Gewerbeverein der christlichen Bergleute (Brüdische Richtung) von dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande nur dadurch, daß er sich das christliche Mäntelchen umhängt. Wie oft hat man nicht schon diese Einschätzung der christlichen Gewerkschaftsorganisationen von Arbeitgeber- oder dieser verwandter Seite vernommen und immer wieder treten nach Empfang solcher Dreizeigen die christlichen Gewerkschaftler und ihre Wortführer vor und sprechen wie jener Pharisäer: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie andere Leute, Räuber, Ungerechte, Ehebrecher, oder auch wie dieser Zöllner“. Dies Wetue hat doch wahrhaftig keinen Zweck, und die immer wiederkehrenden Urteile von Arbeitgeberseite es lehren; deshalb am besten die ganze christliche Bude zugemacht!

— Wo keine Organisation gebildet, wo der Besuch von Gewerkschafts-, Knappschäfts- und ähnlichen Versammlungen mit der Hungerpeitsche gehandelt wird, wie der Fall Krämer es zeigt, da sind natürlich auch die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse danach. Herr Hilger hat zwar — die Fronte der Weltgeschichte ist stets von ausgehender Graumanteil! — eben erst einen beglückten Lobredner seines Systemes gefunden, aber das kurz vor dem Prozeße erschienene Wort des Herrn v. Brandt: „Zur sozialen Entwicklung im Saargebiete“, ist gerade deswegen von Wert, weil es so klassisch zeigt, daß es im heutigen Deutschland nur auf den äußeren Schein, auf das Pretentivische ankommt. Nach Hilger und seiner Zeugen Meinung leben die Saarbergleute herrlich und in Freuden und häufen die irdischen Güter in Hülle und Fülle. Unter den 69 von der Verteidigung geladenen Zeugen befanden sich aber eine ganze Anzahl von Kaplanen, welche die Lebensweise und die Wohnungsverhältnisse dieser in Staatsbetrieben tätigen Arbeiter in recht düstern Farben malten. Ein Arbeiter erklärte allerdings, er habe seit 27 Jahren keine Butter zum Brote gebraucht, aber diese Sorte Menschen scheint gerade nach dem Gusto des Herrn Hilger zu sein, welcher einmal während des Prozesses verunvorbereitet fragte: „Ja, wollen denn die Leute jeden Tag Fleisch essen?“ Die von der Regierung eingeführten sogenannten Sicherheitsmänner durften ihre Bekundungen nicht immer in das Fahrbuch eintragen, selbstverständlich bezog sich dies auf der Betriebsleitung nicht gerade angenehme Sachen. Die Unfalls- und Krankenziffern sind auf den staatlichen Gruben im Saarreviere denn auch keineswegs befriedigend. Hilger ließ auch einmal eine in der Arbeitsordnung vorgegebene Versammlung des Arbeiterausschusses einfach verbieten, wie denn auch der Besuch bestimmter Wirtschaften, deren Inhaber als Zentrumsleute bekannt waren, streng verpönt war. Selbst auf den Flaschenbierkonsum erstreckte sich die Hilgerische Arbeiterfürsorge; es wurde nämlich verfügt, daß nur das Bier aus der Brauerei des Schwiegervaters eines Bergrates getrunken werden dürfe. Es läßt sich diese Leporellosität einzigerartiger Arbeitgebergeflogenheiten in Anbetracht des Namens leider nicht ganz aufrollen, weil noch in Kürze der politischen Seite Hilgerischen Schaltens und Waltens gedacht werden muß. Nach den durch den Prozeß gewordenen Enthüllungen könnte man fast annehmen, Hilger und sein Stab wären größere Gegner des Zentrums als der Sozialdemokratie. Wer von den Bergleuten in dem Gerüche eines Zentrumsanhängers stand, hatte keine guten Tage; Strafprozessen in die „Rötte“ waren an der Tagesordnung, selbst der Gendarm Wallset mußte die fiskalische Wohnung räumen und bei dessen vorgelegter Behörde wurde um seine Verzeigung wegen Parteinahme für das Zentrum ersucht! Die „Dasbachpresse“ war natürlich grundmäßig hochgeputzt. Die Reichstagswahl im vorigen Jahre, bei welcher das zur größten Sicherung des Wahlgemeinnisses eingeführte Klotzgesetz zum erstenmale in Anwendung kam, sah die Hilgerleute erklärlicherweise im Zenit ihrer Tätigkeit. Alles, was die Regierung mit der von ihr selbst vorgeschlagenen größeren Sicherung des Wahlgemeinnisses bezweckte, prallte wirkungslos bei denen um Hilger ab. Vom Bergrate bis zum letzten Arbeiter gab es nur eine Wahlsparole: nationalliberal sollte Trummpf im Saarreviere sein! Die Bergleute wurden in Trupp in die Wahlsokale geführt, andere als nationalliberale Stimmzettel durften überhaupt nicht angenommen werden und selbst bis in die Jollierzelle drangen die Spürnasen hinein. Die Zahl der Wappasser war eine derartig große, ihr Treiben in den Wahllokale ein so unerwartetes, daß von einer Seite der Verfolgung gemacht wurde, diese unglaubliche Verhöhnung auf das geheime Wahlrecht im Bilde festzuhalten. Ob hier generelle Anordnungen vorlagen, konnte nicht festgestellt werden, da die Berufung auf den Dienst — ein sehr bequemer Ausweg, der schon in den früheren Prozessen wegen Hilger recht bedeutlich auffiel — leider gerade bei den gravierendsten Momenten glückte, wenn auch in weniger belangreichen Fällen die Zeugnisaussage noch nachträglich gestattet wurde. Wie sehr aber selbst Bewerber in den Bannkreis Hilgerischer Diktatur gerieten, beweist der Fall des Bürgermeisters Oßermann (Werbelsrieden), welcher einen 21 Jahre alten Gemeindefassungsverwalter anwies, eine Akte derjenigen Bergleute anzufertigen, die mutmaßlich für das Zentrum gestimmt haben. Diese ging dann an die Bergwerksdirektion, „damit sie die Leute zurucksetze, daß sie sich in Zukunft bessern“. Ein 21 jähriger junger Mensch hatte also gewissermaßen das Schicksal ganzer Familien in Händen! Daß tatsächlich der Arm der Bergwerksverwaltung weit reichte, mußte jener vor vielen Jahren entlassene Bergmann erfahren, welcher bei der Straßenbahn in Saarbrücken Beschäftigung gefunden hatte, auf Veranlassung der Bergwerksdirektion aber entlassen wurde. Und derselbe Staatsanwalt, welcher schon bei der Frage des Koalitionsrechtes sich im Geiste Hilgerischer Anschauung bewegte, sagte bezüglich dieser liberalen Wahlpraktiken: „Die Beobachtung bei der Wahl kann nicht als eine direkt unzulässige Handlung angesehen werden, da ebensowenig wie anderen Industriellen der Bergwerksverwaltung verwehrt werden kann, sich über die politische Meinung ihrer Bergleute zu orientieren. Ich halte das nicht gerade für erwünscht, aber auch nicht für gesetzlich unzulässig. Ein Mißbrauch der Amtsgewalt, bestehend in Zwang zur Annahme liberaler Stimmzettel, liegt nicht vor. Gewiß nicht! Alles, was außerhalb der Arbeiterchaft stehende Kreise in ihrem Interesse oder dem ihrer Klasse oder Partei an nach-

brücklichen Mitteln und an oftmals unglaublicher Intoleranz in Anwendung bringen, ist beiseite kein Zwang oder gar Terrorismus, so etwas kommt nur bei den Arbeitern vor — wie aus den Akten der eine Binde vor den Augen tragenden Justiz überzeugend nachgewiesen! Rechtsanwält Heine aus Berlin brachte Hilger, dessen Betriebsbeiräte und dessen Anwälte oft so in die Enge, daß die Herren das Schweigen vorzogen. Schneidig fausten in der dreieinviertelstündigen Verteidigungsrede und in der eineinhalbstündigen Replik auf die Ausführungen der beiden Hilgerischen Verteidiger die Hiebe auf das „Saarssystem“ hernieder. Heine sprach von einem „Mißbrauch der amtlichen Gewalt“, von einer „Denunziantenjustiz“, von einer „grenzenlosen Unterdrückung der persönlichen Freiheit“, von Zuständen, die an „asiatische Verhältnisse“, an „orientalische Kabinettsjustiz“ erinnern. Mit den Worten: „Das System, das hier herrscht, ist durch den Prozeß gerichtet“ schloß Heine seine äußerst wirkungsvollen Ausführungen und sprach damit in diesem denkwürdigen Prozeße das eigentliche Urteil. Wenn Heine an einer andern Stelle seiner Rede sagte: „In anderen Gegenden nimmt die Regierung eine andre Haltung an, mit dem Buchdrucker-Verbande, in diesem Vorstande sich auch Sozialdemokraten befindend, schlossen Staatsbehörden Verträge ab“, so kann man das nur als Dekorationsstück rhetorischer Kunst gelten lassen. Die Buchdrucker müssen ja in allen Dingen und für jede Richtung in unserm öffentlichen Leben die Kronzeugenschaft abgeben, warum auch nicht einem geschickten Verteidiger bei so günstiger Gelegenheit? Tatsächlich hat mit unsrer Organisation aber keine einzige Staatsbehörde irgendwelchen Vertrag abgeschlossen, Heine meint jedenfalls die von den Behörden mehrfach abgegebenen Erklärungen zugunsten der Tarifgemeinschaft im Buchdruckergewerbe. Ob und inwiefern unser Vorstand „sozialdemokratisch durchschaut“ ist, entzieht sich vollständig unsrer Kenntnis. Nach der Debutktion Hilgers und anderer Leute, daß für den sozialdemokratischen Charakter einer Organisation oder sonst einer Vereinigung schon die Tatsache genüge, daß sozialdemokratisch gestimmte Männer in ihrer Leitung sitzen, müßte unser Verband nach der Heineischen Behauptung dann allerdings ebenso gut sozialdemokratisch sein, wie der Bergfiskus nationalliberal, weil eben Herr Hilger diesen mit repräsentiert. Auf diesen naheliegenden Vergleich — es handelte sich um den Bergarbeiterverband — zog Hilger jedoch vor; Heine keine Antwort zu geben. — Wir haben schon weiter vorne gesagt, das Zustandekommen dieses Prozesses sei eine verdienstliche Tat zu nennen und zwar, wie wir nun hinzuzufügen wollen, gerade im Interesse der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung! Man muß es dem Geheimrat Hilger — vor dessen Allmacht sich nicht einmal die als Zeugen geladenen Bergleute mit der Sprache heraustrauten, wie jener Verhalt lehrte, wo ein Bergarbeiter erst den Richter fragte, ob er ohne Gefahr für seine Erstellung die Wahrheit sagen dürfe, worauf ihn dieser anfuhr, ob er denn nichtern sei — zum Lobe nachsagen, daß er mit diesem seinem Verhalten, mit seinem Ideal von einem richtigen „patriarchalischen Verhältnis“ den ganzen Gewerkschaftsübelmummel gründlich abgeputzt, die Zerplitterung in so und so viele gewerkschaftliche Richtungen als durchaus überflüssig bargetan hat. Ob freigewerkschaftlich, katholisch oder im weitesten Sinne christlich organisiert, ist diesem saararabischen Alleinherfischer völlig Nebensache. Er kennt da keine Unterschiede; er sieht nur eine Masse vor sich und die darf nur nach seiner Pfeife tanzen, darf sich nicht rühren und regen ohne seine Willen, darf nicht einmal lesen, was ihm nicht genehm ist, geschweige denn anders wählen, als oben „gewünscht“ wird. Sic volo, sic jubeo (so will ich, so befehle ich) steht nicht bloß im goldenen Buche der Stadt München geschrieben, nein, dieser Grundsatz hat auch Geltung in deutschen Landen. Und so soll es bleiben, wenigstens in Saararabien, wie Herr Hilger am letzten Tage des Prozesses feierlichst bekräftigte. Die dortige Kleinkinderbewahranstalt für 45 000 Bergleute soll bestehen bleiben und andere Unternehmerkreise werden trachten, es Herrn Hilger nachzutun, d. h. sofern sie keine gewerkschaftlich geschulte, geeignete und gekräftigte Arbeiterchaft gegenüber haben. Deshalb klingt der Arbeiterchaft als Ganzes auch aus diesem Prozeße wieder die alte Mahnung heraus: Lernet, ihr seid gewarnt! Im übrigen können wir uns nur den Schlusworten der „Frankfurter Zeitung“ anschließen, wenn wir deren Beachtung unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland, wo man im öffentlichen Leben von einer Niederlage zur andern, von einer Vlamage zu verböferten späteren Auflagen eilt, auch direkt bezweifeln müssen: „Die Regierung hätte sich daher längst um diese Vorgänge kümmern müssen und Herr von Bülow als preussischer Ministerpräsident sollte die maßgebenden Herren im Saarreviere anblafen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Anders wird's nicht besser. Ist aber die Regierung nicht gewillt, dort radikal Wandel zu schaffen, dann mag sie ihre ganze Sozialpolitik an den Nagel hängen. Sozialpolitischer Fortschritt und Saarsystem sind schlechterdings und absolut unvereinbar.“

Seine diesjährige Generalversammlung hielt der Bergarbeiterverband in Stadtbergen ab. Wir wollen in nachstehenden nur den Extrakt der dreitägigen Verhandlungen bringen. Der Bergarbeiterverband hat im letzten Jahre um 20 700 Mitglieder zugenommen gegen etwa 10 000 im Jahre 1902, so daß die 700 000 überschritten wären. Die Dividenden der Bergwerksgesellschaften bewegen sich aufsteigend, die Löhne der Bergarbeiter fallen trotzdem aber fortgesetzt. Unter den Leistungen des Ber-

bandes nimmt bezeichnenderweise der Rechtschutz die erste Stelle ein, im vergangenen Jahre mußte er in 19206 Fällen gegen 16472 in 1902 gewährt werden. Ueber 100 neue Zehntel wurden im vergangenen Jahre gegründet, wegen der Beitragserhöhung traten insgesamt 1807 Mann aus. Am 1. Juli wird das für das Saarrevier bestimmte Arbeitersekretariat eröffnet werden, es wird daran die Hoffnung auf Besserung der dortigen, fast mittelalterlichen Zustände geknüpft. Die Organisation vermehrte ihr Vermögen im letzten Jahre um zusammen 250000 Mk., es beträgt jetzt über eine halbe Million Mark; auf das Mitglied entfallen 6,35 Mk. (5,39 Mk.), bei der von diesem Verbande vorgenommenen Einführung von Unterstützungsvereinen und der gerade den Vergleuten so bedrohlichen Situation gewiß nur eine recht beschöne Summe. Im Juli oder anfangs August wird das eigne Druckereigebäude in Bodum, umfassend drei Wohnhäuser, ein Spitzgebäude und großes, später noch zu bebauendes Gartenland, in Benutzung genommen werden. Es ist zu diesem Zwecke eine offene Handelsgesellschaft mit 74000 Mark Kapital gegründet worden. Die „Vergarbeiter-Zeitung“, welche sich ebenfalls einer großen Aufmerksamkeit seitens des Staatsanwaltes zu erfreuen hat, erhöhte ihre Auflage um 24000 Exemplare, erscheint gegenwärtig also in ungefähr 80000 Auflage. Besonders betont wurde die Notwendigkeit möglicher Kürze der Vernehmlichungsberichte. Auf dem vorjährigen Verbandstage wurde die vom Stuttgarter Gewerkschaftskongresse empfohlene Gehaltskala (Anfangsgehalt 2000 Mk., in den ersten fünf Jahren um 100 Mk. jährlich, dann um 50 Mk. steigend bis zu 3000 Mk.) akzeptiert, sie trat aber nicht in Kraft, weil die Konjunktur schlecht und die Löhne statt gestiegen, gesunken seien. Es wurde nun vorgeschlagen, das Anfangsgehalt auf 1500 Mk., die Erhöhungen auf 50 Mk. jährlich und das Maximalgehalt auf 2500 Mk. festzusetzen. Bei der Abstimmung darüber ereignete sich jedoch der auf Generalversammlungen nicht ungewohnte Zufall, daß beide Normen abgelehnt wurden. Einen breiten Rahmen nahm die Beitragsfrage ein. Man hat im vergangenen Jahre trotz der beschlossenen Erweiterung des Unterstützungsvereins die Beiträge nicht genügend erhöht und trotz der jährlichen Generalversammlungen (wegen welchen Brauch der Generalkommissionsvertreter Umwelt eifrig wettete) diese obendrein gleich auf zwei Jahre festgesetzt. Das hat sich nun gerächt; die allgemeine Stimmung ging erfreulicherweise aber dahin, im Jahre 1905 den Beitrag auf 30 Pf. zu erhöhen. Dem Vorstande wurde verschiedentlich auch allzu große Neugierigkeit vorgeworfen bei drohendem Streiks. Die Zeitung des Vergarbeiterverbandes scheint jedoch keineswegs von blasser Furcht angekränkt zu sein, sondern ist sich nur der Schwäche der gegenwärtigen Situation bewußt, soll doch das Kohlen Syndikat allein eine jährliche Umlage für Streikzwecke von dreißig Millionen Mark vorgehen haben! Hue hielt dann ein größeres Referat über den Stand der Berggesetzgebung; da in unserer Gewerkschaftsüberblick die Forderungen der Vergleute an den Staat hinreichend besprochen wurden, können wir wohl darüber hinweggehen. Auf die internationalen Kongresse ist Hue sehr schlecht zu sprechen, sie arten nach seiner Ansicht zur reinen Komödie aus, weil sie keine dauernden Einrichtungen zur Verständigung schaffen. Wenn also auf dem Pariser Kongresse kein internationales Sekretariat zustande kommt, dürften die Deutschen nicht mehr mitmachen.

Zu einem interessanten Punkte der Generalversammlung in Städtagen gestaltete sich die Frage der Maifeier. Unsere Leser sind davon unterrichtet, daß auf der vorjährigen Berliner Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes sich eine lebhaft Abneigung gegen die ganze Maifeier bemerkbar machte und ihre Beseitigung, wenigstens in der jetzigen Form, gefordert und daß ferner dort die gleiche Antipathie auch in anderen Gewerkschaftskreisen konstatiert wurde. Bekannt ist auch, daß zwei oder drei Jahre zuvor die Leitung des Metallarbeiterverbandes in einem Zirkulare an die Verwaltungsstellen sich mißlieblich über die Maifeier aus sprach. Die Konferenz der Zentralvorstände im Oktober vorigen Jahres ließ bezüglich der Maifeier es auch nicht an der nötigen Deutlichkeit fehlen. Die Quintessenz dieser Auseinandersetzungen war: wenn der nächste internationale Arbeiterkongress (im August d. J. in Amsterdam stattfindend) keine Klärung, keine Einheitslichkeit schafft, müsse entweder der Pariser Beschluß von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden. Der diesjährige Verbandstag der Vergleute hatte, wie schon bemerkt, auch seine Maifeierdebatte und zwar gab der erste Redakteur und Reichstagsabgeordnete Hue Anlaß zur Umschneidung dieser Frage. Wie das Vorstandsmittglied Hufemann ausführte, soll Hue zur Maifeier eine sehr ablehnende Haltung einnehmen und in diesem Jahre sogar das Nichterscheinen eines von dem Redakteur Leimpefers geschriebenen Maifeierartikels durchgesetzt haben. Hue verteidigte seine Stellung zu dieser Frage in sehr geschickter Weise. Die Maifeier sei kein Glaubensbekenntnis, verdanke vielmehr ihre Entstehung einem unpraktischen, vorjährigen Beschlusse des 1889 in Paris abgehaltenen Sozialistenkongresses. Man habe damals die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai im Auge gehabt, habe aber bereits 1890 beim ersten praktischen Versuche gesehen, daß in dieser Form die Beschlussfassung übereilt gewesen sei. Die Folge davon sei eine allgemeine Verwässerung der Maifeier gewesen. Mit Recht betonte dann Hue, daß viele Gewerkschaftler eine Veränderung der Maifeier beschworen und wies in bestimmtester und zutreffendster Form darauf hin, daß er als Verbandsmitglied und Redakteur seines Organs nur

an Beschlüsse seines Verbandes gebunden sei. Andere Korporationen könnten für die Vergarbeiter keine maßgebenden Beschlüsse fassen. Bisher habe für den Verband kein bindender Beschluß vorgelegen. „Wollen Sie ihn fassen, so tun Sie es, bedenken Sie aber auch die Konsequenzen.“ Nach kurzer Debatte erklärte sich die Generalversammlung in besonderer Abstimmung einstimmig gegen die Auffassung Hues hinsichtlich der Maifeier. Unseres Erachtens ist das ja eine sehr bequeme Erledigung einer Streitfrage, keineswegs aber die beste Lösung derselben. Die Maifeier in ihrer bisherigen widersprüchlichen Form wird auf die Dauer nicht bestehen können. Diejenigen, die noch retten wollen, was gut an ihr ist, würden ihren Ansichten am meisten nützen, wenn sie auf eine einheitliche Form der Maifeier hinarbeiten wollten. Heute wird die Maifeier durch Arbeitsruhe, durch Versammlungen am 30. April oder durch Abendversammlungen am 1. Mai, durch Arbeitslosenversammlungen am Vormittag, durch Ausflüge, durch eine Art Volksfest am ersten Sonntag oder am ersten schön en Sonntag im Mai gefeiert; kurzum nirgends ist die Zersplitterung größer als bei der Maifeier. Darüber ist sich aber von der Arbeiterschaft Deutschlands niemand unklar, daß unter den bisherigen Verhältnissen die Maifeier rettungslos versumpfen muß, so daß es wirklich besser ist — für „Revisionsisten“ wie für Radikale — sich zu einigen auf ein allseitig anerkanntes Maifestprogramm oder die ganze Maifeier in ihrer gegenwärtigen verunglückten Gestalt ungenügend zu begraben. Ein drittes gibt es nicht. Das was der Maifeier an sittlichem Gehalte innewohnt, der Gedanke der Freiheit der Arbeit und der internationalen Verbrüderung, ist unabhängig davon, ob am 1. Mai die Arbeit ruht oder nicht. Ist es den Beteiligten wirklich nur darum zu tun, diesen sittlichen, geistigen Inhalt der Maifeier zu retten, können sie leicht preisgeben, was sie ja so wie so noch nicht besitzen haben: nämlich die Arbeitsruhe am 1. Mai. Darum Farbe bekennen! Was wollen da alle hyperaditonalen Deklamationen, wenn in Wirklichkeit die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht durchgeführt werden kann. So dumme ist die deutsche Arbeiterschaft denn doch nicht, daß sie mit einer völligen Arbeitsruhe am 1. Mai sich abfinden und aus dieser gelungenen Machprobe nicht die Konsequenzen ziehen würde. Kann die deutsche Arbeiterschaft an einem beliebigen Tage im Jahre einmal alle Räder still stehen lassen, dann kann sie auch noch mehr, dann braucht sie diese Arbeitsruhe nur auf wenige Wochen auszudehnen, um hochwichtige Zugeländnisse von Staat und Gesellschaft sich zu erkopen. Diese Art Generalstreik halten wir aber für unmöglich und alle dahingehenden ernsthaften Versuche, am 1. Mai eine geschlossene Arbeitsruhe herbeizuführen, sind jämmerlich gescheitert, ganz abgesehen von den ungeheuren materiellen und persönlichen Opfern, welche bis jetzt die Maifeier den Arbeitern gekostet hat und die so gut wie nutzlos geblieben sind. Wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß der Amsterdamer Kongress es bei der bisherigen Beschlussfassung über die Maifeier bewenden lassen und damit den gegenwärtigen ungesunden Zustand zu bereinigen geneigt sein wird, aber was will das alles sagen, wenn die Verhältnisse bereits über eine solche papierne Beschlussfassung hinausgewachsen sind, ganz abgesehen davon, daß wir in diesem Punkte die Auffassung Hues teilen, indem auch wir keine anderen Beschlüsse anerkennen als die unserer Organisation. Die Tatsache ist unleugbar, daß an verantwortlicher Stelle in den deutschen Gewerkschaften ein lebhaftes Bedürfnis besteht, im Interesse der Gewerkschaften gründliche Arbeit über die Maifeierfrage herbeizuführen. Ein internationaler Kongress von Leuten, die größtenteils den Gewerkschaften gegenüber keine persönliche Verantwortung haben, ist aber nicht der Platz, wo diese Frage entschieden werden kann. Darum wäre es am besten, der nächste Gewerkschaftskongress würde sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen und dem Abhängigkeitsverhältnisse entgehen, welches Bismarck in Stuttgart dahin präzisierter: „Man hat es gewissermaßen als selbstverständlich betrachtet, daß die Beschlüsse der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie über diesen Punkt für alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter maßgebend sind.“ Will man es auch in der Zukunft dabei bewenden lassen, ist an eine Klärung in dieser Frage nicht zu hoffen, bis nicht schließlich das, was groß und erhebend daselbst soll, zur Farbe wird. Wie die Dresdener Resolution beweist, wird man in der deutschen Sozialdemokratie so wenig wie auf dem Amsterdamer Kongresse sich auf den Standpunkt einer Maifeier am ersten Sonntag im Mai zurückziehen, deshalb muß eben bei den Gewerkschaften die Selbsthilfe einsetzen. Wie die Maifeier in den letzten fünfzehn Jahren sich gestaltet hat, welche Wandlungen sie erfahren und was in der Folge zu tun wäre, erörtert der Redakteur der „Buchhändlerzeitung“, Georg Schmidt in Stuttgart, in einem langen Artikel im Junihefte der „Sozialistischen Monatshefte“. Man kann seinen dort mit großer Sachkenntnis gepflogenen Auseinandersetzungen nur zustimmen. Es würde aber zu weit führen, an dieser Stelle ausführlich darauf einzugehen. Er bezweifelt ihren praktischen Wert und noch mehr die Wirkung dieser Demonstration, „die alljährlich auf Tag und Stunde wiederkehrt, mit einer Regelmäßigkeit, wie das „Mädchen aus der Fremde.“ In Regierungskreisen kümmern sich kein Mensch mehr darum und auch der gutgesinnte Staatsbürger, „dem anfänglich die Maifeier einige Herzeleidmungen verursacht, hat längst erkannt, daß es sich um ein recht unschuldiges Vergnügen der Arbeiter handelt.“ Dabei sei zu berücksichtigen, daß, abgesehen von Österreich,

wo die Maifeier sich mit der Erringung des allgemeinen Wahlrechts verbinde, das Ausland sich nur sehr wenig um die gefassten Beschlüsse kümmern und daß nur der Deutsche die Kosten derselben zu tragen habe. Schmidt macht aber noch auf einen Umstand aufmerksam, der sehr zum Nachdenken Anlaß gibt. Er schreibt: „Echon jetzt wird durch die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung viel Unzuträglichkeit, Zerwürfnis und Feindseligkeit unter die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter getragen, da die Meinungen über den Wert dieser Demonstrationsfeier sehr geteilt sind. In den Werkstätten fügen sich die bei der Abstimmung über die zu begehende Arbeitsruhe in der Minderheit Gebliebenen ungen und widerwillig dem Mehrheitsbeschlusse, wodurch oft tiefgehende Differenzen entstehen, die sich dann auch auf die gewerkschaftliche Organisation erstrecken und damit diese selbst schädigen.“ Zum Schlusse plädiert Schmidt für die Beseitigung der Maifeier als einer „verheerlichen Sache“ — womit er in Anbetracht der gemachten Erörterungen nicht unrecht hat. Das beste wäre es freilich und dieser Schritt würde zu einer unbedingten Notwendigkeit, wenn in der bisherigen Art der Feier eine Aenderung eintritt. Das Mindeste aber; was im Interesse der Gewerkschaften verlangt werden muß, ist, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Die Entwicklung der Gewerkschaften in den letzten fünfzehn Jahren vertritt die Theorie der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht mehr, denn sie spiegelt ausnahmsgeheuliche Zeiten und völlig unentwickelte Gewerkschaften wider. Die praktische Arbeit der Gewerkschaften und die Logik der Verhältnisse drängt zur Beseitigung oder zu einer Modifizierung der Maifeier! (Schluß folgt.)

### Rundschau.

In eigener Druckerei hergestellt wird vom 1. Juli ab der in Karlsruhe erscheinende „Volksfreund“. Das Format wird vergrößert und der Umfang erweitert werden. Auf der Jahresversammlung des Vereins Deutscher Zellstoffabrikanten wurde, wie die „Papier-Zeitung“ berichtet, der Wunsch laut, „ihren Arbeitern für langjährige treue Dienste Diplome und Medaillen verleihen zu können“. Der Vorstand fand aber, daß die Beschaffung eigener Diplome „mit zu großen Kosten verbunden wäre“, weshalb Diplomordrude vom Verein Deutscher Papierfabrikanten verwandt werden sollen. Billiger allerdings konnte die Würdigung langjähriger treuer Arbeit nicht ausfallen, ganz abgesehen davon, daß eine entsprechende Lohnerhöhung der Sache mehr gerecht würde als solche Festsensurieren. In Frankfurt a. M. ist der Dichter Wilhelm Jordan, 85 Jahre alt, am 25. Juni gestorben. Im Jahre 1848 war Jordan Mitglied des Frankfurter Parlaments. Als Dichter ist er durch seine „Widlungen“ berühmt geworden. Das Proportionalwahlssystem wurde zum erstenmale auch bei der Gewerbegerichts Wahl in Schwelm (Westfalen) angewandt. Danach wurden vier Vertreter der freien und zwei Vertreter der christlichen Gewerkschaften gewählt. Im Kanton Tessin hat der Kantonsrat einstimmig eine Jahreskonvention von 1500 Fr. an das Arbeitersekretariat beschloffen. Dem Arbeitersekretariat, den natürlich die Arbeiterschaft wählt, ist die Kompetenz eines kantonalen Gewerbeinspektors gegeben worden, der Fabriken revidieren, Erhebungen veranstalten kann und der bei statistischen, den Arbeiterschutz betreffenden Arbeiten der Regierung mitwirken soll. Schwindelkranken kassen. Daß die konsequente Pflichterfüllung einer Zeitungsredaktion gegenüber dem lesenden Publikum nicht immer nach Gebühr durch die Gerichte gewürdigt wird, kann alle Tage durch die Praxis bewiesen werden. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit der Redakteur des „Volkswillen“ in Hannover bestraft, weil er das unsaubere Geschäftsgebahren der von uns auch mehrfach erwähnten Gründer der „Halia“ und „Union“-Krankenkasse in Hannover gebrandmarkt hatte. Jetzt hat sich das Schwindelmandat nicht länger mehr vertheideln lassen, denn der „Herr Direktor“ der Kasse als auch der Kontrollleur, ein früherer Fabrikarbeiter, der sich jetzt als „Kaufmann“ bezeichnet, sind auf Veranlassung des Untersuchungsrichters wegen Betruges verhaftet worden. Die eingegangenen Beiträge sind größtenteils für Gefährten und Weisen daraufgegangen. Daß solche Elemente, wie diese beiden gekennzeichneten, noch mit Erfolg Redakteure verklagen können, wirkt doch ein großes Licht auf die heutige Gerichtspraxis. Auch wir sind jetzt in der Lage, eventuell eine Beurteilung über uns ergehen lassen zu müssen, da, wie bereits mitgeteilt, von dem Vorstande einer durchaus nicht einwandfreien Krankenkasse wegen der ihr im „Corr.“ gewordenen Kritik Klage erhoben ist. Dabei kann mit Sicherheit behauptet werden, daß diese Kasse noch eine große Zukunft — vor Gericht haben wird. Erbaulich von der Herberge zur Heimat in Darmstadt löbte ein Beleidigungsprozeß zu Tage, den der Herbergsbater Emmert gegen den Redakteur der „Mainzer Volkszeitung“ angestrengt hatte. Es handelte sich um dieselbe Herberge, in welcher am zweiten Weihnachtsfeiertage v. J. der Großherzog von Hessen unter den Handwerksburden geweltet hatte. Wie vor Gericht festgelegt wurde, behandelte Emmert die Reisenden in brutalster Weise und spielte der Gummischlauch dabei keine kleine Rolle. Auch ist dieser Herbergs „vater“ seinem Personale gegenüber ein roher Patron. Dem angeklagten Redakteur wurde der Schutz des § 193 zugesprochen. Das Urteil lautete auf Freisprechung, weil die behaupteten Tatsachen bewiesen wurden.

Der Wirtschaftliche Verband der Ärzte Deutschlands hielt seine Hauptversammlung in Rostock in Anwesenheit von 219 Delegierten ab. Diese ärztliche Kampforganisation hat, wie männiglich bekannt, ein regelrechtes Kriegsjahr, aber auch ein Jahr gewaltigen Aufschwunges hinter sich, konnte sie doch ihre Mitgliederzahl von 9662 im September 1903 auf 16204 am 1. Juni d. J. erhöhen. Die Zahl der Sektionen liegt von 66 auf 86, die der Öbmannen von 380 auf 628. Die Stellenvermittlung hat sich auch bedeutend entwickelt, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurde sie in 988 Fällen in Anspruch genommen. Zur Bewältigung der Geschäfte sind daher bereits zehn Beamte tätig, selbstverständlich leisten sich die Herren Ärzte auch einen Generalsekretär, über deren friedliebende Tätigkeit im allgemeinen ja kein Zweifel besteht. Seit Bestehen des wirtschaftlichen Verbandes, das ist seit 1900, hat er in 208 Kämpfen zwischen Ärzten und Krankenkassen eingegriffen. Seit der vorjährigen Tagung waren 165 solcher Konflikte zu verzeichnen, benützt wurden bis zum 1. Juni 89 und zwar mit Ausnahme von dreien sämtlich zugunsten der Ärzte, so daß am 1. d. M. noch 76 Konflikte bestanden. Diese Kriege haben die gleiche Eigenschaft wie andere wirtschaftliche Kämpfe gehabt, sie haben nämlich viel Geld gekostet, wodurch die Aufnahme eines Rumpfes von einer halben Million nötig wurde. Jetzt soll aber alles in Butter schwimmen, womit die Geheimhaltung des Rassenberichtes — als streng vertraulich betont! — aber schlecht harmonisiert. Der Vorsitzende, Dr. Hartmann-Leipzig, klagte, daß auch das Wort „Gegner ringsum“ auf die Ärztebewegung zutraf. Rassenmitglieder, Arbeitgeber, Regierungsbehörden und selbst Ärzte hätten sich ihren Bestrebungen teils direkt feindlich, teils nichts weniger als wohlwollend gegenüber gestellt. Die Ärzte seien daher allein auf die Selbsthilfe angewiesen, deren Waffen zu schärfen die vornehmste Aufgabe des Verbandes sei. — Die Herren Ärzte versetzen meisterlich in Komparativen und Superlativen zu reden. Wenn die Herren jedoch ehrlich selbst sein wollten, müßten sie erklären: wir waren und wir sind auf die Staatshilfe angewiesen. Das Recht der Selbsthilfe wird ihnen kein vernünftiger Mensch schmälern wollen, aber jeder rechtlich denkende Mensch wird verlangen, daß der Staat den Ärzten bei ihren wirtschaftlichen Konflikten keine Vorrechtstellung einräumt. Weil aber die Ärzte den Staat als rettenden Engel für sich reklamieren, haben sie die Erbitterung gegen sich so groß gezogen.

Zum 32. deutschen Arztetage, welcher anschließend ebenfalls in Rostock stattfand, waren 264 Delegierte, die 2080 Stimmen vertraten, erschienen. Wie nicht anders zu erwarten, spielten bei den Beratungen die gegenwärtigen Konflikte zwischen Ärzten und Krankenkassen eine wichtige Rolle und zwar berart, daß man verschiebentlich jedwede Sachlichkeit verneinte. Ueber die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen wurden von den Referenten Mayer-Fürth, Pfeiffer- und Hartmann-Leipzig, Forderungen und Vorschläge gestellt, deren Quintessenz die Schaffung eines Schutz- und Trutzbündnisses der Ärzte gegen die Krankenkassen ist, und es darf wohl nicht daran geweißt werden, daß es den Ärzten bitter ernst damit ist, wenn sie auch keinen Grund dazu haben, wie ja zur Genüge bereits festgestellt ist. Am schärfsten natürlich gingen wieder die Leipziger Heißsporne vor, wie ihr Antrag, der unter Ausprägung des Wortes „festbesolbten“ auch angenommen wurde, beweist: „Der 32. deutsche Arztetage erklärt die neuerdings auftauchenden Bestrebungen von Rassenvorständen, festbesolbten Rassenärzten Ansprüche auf Pensionen, Fürsorge für ihre Hinterbliebenen und dergleichen einzuräumen, lediglich für ein neues Mittel, die Rassenärzte noch weiter in Abhängigkeit von den Krankenkassen zu bringen und fordert deshalb die deutschen Ärzte auf, allen derartigen Bestrebungen entschieden entgegenzutreten und vielmehr nachdrücklich für standeswürdige Anstellung und Honorarbedingungen Sorge zu tragen.“ — Der Haß macht bekanntlich blind, sonst könnte keine Organisation von Arbeitern — als solche bezeichneten sich die Ärzte zu Beginn des Kampfes in Leipzig mit Vorliebe — dieses hohe sozialpolitische Verständnis von Krankenkassen so elend verdächtigen. Bei einer solchen Würdigung des Wertes gemeinsamen Zusammenarbeitens auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und daraus resultierender gegenseitiger Sicherstellung des abgearbeiteten Angestellten und seiner Angehörigen schaukeln die Intransigenten sich selbst das Grab. Daß die Notlage der Ärzte infolge der sozialpolitischen Gesetzgebung wieder in allen Tonarten gefungen wurde, versteht sich von selbst. In interessanter Weise stellt der „Vorwärts“ diese Notlage richtig. Er schreibt: „Die deutschen Krankenkassen zahlten im Jahre 1902 37 1/2 Millionen Mark ärztliches Honorar für ihre 98500 Mitglieder. Die Ärzte behandelten zwar dafür auch bei einer kleinen Anzahl Klassen die Familienangehörigen mit, indessen kann man diese im Verhältnis nicht erhebliche Zahl wahrscheinlich als kompensiert betrachten durch die Summe, die in den für Anstandsversorgung aufgeführten Aufwendungen noch auf ärztliches Honorar entfallen. Die in den Krankenkassen versicherten Personen bilden ungefähr den sechsten Teil der Einwohner Deutschlands. Geht man von der Annahme aus, daß die Ärzte von den Krankenkassen zu schlecht bezahlt werden, dann kann man es nicht als unbillig bezeichnen, wenn wir unterstellen, daß für alle übrigen Reichseinwohner mindestens ebensoviel für ärztliche Hilfeleistung aufgewendet werden soll, wie

von den Rassenmitgliedern. Denn die Krankenkassenmitglieder gehören den ärmsten Volksschichten an. Wir würden also unter dieser Voraussetzung zu einer Gesamtaufwendung für ärztliche Behandlung im Deutschen Reich von fünfmal 37 1/2 Millionen oder 187 1/2 Millionen Mark kommen. Im Jahre 1902 gab es im Deutschen Reich 30933 Ärzte und Zahnärzte, so daß ein einfaches Nebenexempel für jeden dieser Ärzte ein Durchschnittseinkommen von mehr als 6000 Mk. ergibt. Das ist eine Summe, die als Durchschnitt für ganze Reich sehr erheblich ist, denn dieser Durchschnitt schließt dann auch alle die jungen Ärzte ein, die jetzt als Assistenzärzte für freie Station und 1 bis 2 Mk. pro Tag in Krankenhäusern und bei älteren Ärzten arbeiten und das gar nicht standesunwürdig finden. Es sind außerdem in der Zahl der Ärzte alle Hofschullehrer und Amtsärzte inbegriffen, die aus ihrer amtlichen oder Lehrtätigkeit ein zum Teile erhebliches Einkommen beziehen, so daß das Gesamteinkommen der Ärzte noch erheblich höher anzusetzen wäre. Wenn also die Gesamtbevölkerung nur so viel für ärztliches Honorar auswendete, wie für die Mitglieder der Krankenkassen aufgewendet wird, dann könnte doch unmöglich von einer Notlage des ärztlichen Standes geredet werden. Wir geben ohne weiteres zu, daß außerhalb der Krankenversicherung solche hohen Aufwendungen für ärztliches Honorar nicht gemacht werden. Daraus ergibt sich aber, daß die Krankenversicherung den Ärzten mehr bietet, als sie von der außerhalb der Versicherung stehenden Bevölkerung haben. Die Versicherung hat demnach nicht eine Notlage bei den Ärzten verursacht, sondern sie hat ihr Gesamteinkommen erheblich gesteigert. Ohne die Krankenversicherung wäre die Notlage des Arztstandes, wenn man von einer solchen schon reden will, erheblich größer, als sie jetzt ist.“ — Die Ärzte sind aber nicht nur damit nicht zufrieden, die Krankenkassen infolge der aufgestellten Forderungen bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit zu drängen, sie wollen in den Krankenkassen herrschen, wie der angemessene Antrag befragt: „Der deutsche Arztetage erklärt, daß er die gesetzliche Regelung der Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen für notwendig hält, unbeschadet des im Krankenversicherungsgeetze durchgeführten Grundgedahes der Selbstverwaltung der Rassen; daß die Organisation der Selbsthilfe überall unverzüglich weiter ausgebaut und vollendet werden muß.“ Was die Ärzte unter „gesetzlicher Regelung“ verstehen, ist die gesetzliche Sanktion dafür, nach Belieben Forderungen stellen zu können, welche dann die Krankenkassen zu erfüllen haben. Die Ärzte haben sich da ein Volkstumsgefühl zusammengebaut, das ebenso absurd wie unmöglich ist. Bei der Beratung der einzelnen Punkte selbst kam es zu den lärmendsten Szenen. Wer nicht die Sozialdemokratie in die Wurst hatte, war „standesunwürdig“. Hofrat Dr. Mayer-Mürnberg bezeichnete das Vorgehen seiner Leipziger Kollegen als ein unwürdiges und warnte, das politische Moment in die Verhandlungen zu tragen. Man könne sehr bald in die Lage kommen, mit den Sozialdemokraten in friedlicher Weise zu verhandeln. (Rärm. Rufe: Schluß! Schluß!) „Unsere Feinde sind doch nicht bloß Sozialdemokraten, die Großindustriellen sind uns doch viel gefährlicher.“ (Beifall und heftiger Widerspruch.) Der Redner mahnte noch zum Friedensschlusse, was heftigen Widerspruch hervorrief. In schärfster Weise wandte sich eine Anzahl Delegierter gegen die Ausführungen des genannten Redners. Geradezu zum Zummute arteten die Verhandlungen aus, als Dr. Hirberger-Frankfurt a. M. erklärte, daß es die Rassenvorstände und nicht die Sozialdemokraten seien, die man zu bekämpfen habe. Daß die meisten Rassenvorstände Sozialdemokraten seien, liege eben an unseren ganzen politischen Verhältnissen, wahrscheinlich würden die Anwesenden, wenn sie statt Ärzte Arbeiter wären, auch Sozialdemokraten sein. (Stürmische Unruhe und entrißte Zurufe: Schluß! Raus! Pui!) Der Redner konnte nicht weiter sprechen und mußte abtreten. Diejenigen Redner, die für eine objektive Auffassung in der Streitfrage eintraten, drangen damit nicht durch, so daß selbst bürgerliche Zeitungen schreiben, akademisch gebildeten Männern hätte man solch ein Benehmen nicht zugehört. Noch kein sozialdemokratischer Parteitag sei so rigoros vorgegangen wie hier die Ärzte. Das bezieht sich namentlich auf einen Vorgang, der allerdings keinesgleichen nicht hat. Schon bei den voraus gegangenen Beratungen des wirtschaftlichen Schutzbundes war in bezug auf die anwesenden Berichterstatter der Tagespresse gesagt worden: „Schmeißt die Kerle raus!“, was merkwürdigerweise die anwesenden Journalisten sich ruhig gefallen ließen. Als nun beim Arztetage selbst der Inhaber der Korrespondenz Friedländer in Berlin sich einen ganz bedeutungslosen Irrtum in der Berichterstattung zu Schulden kommen ließ, der sogar noch zugunsten des Redners lautete, erbot sich unter Teilnahme des Vorsitzenden der ganze Arztetage und machte dem Herrn Friedländer eine Szene, die jeglicher Beschreibung spottete und mit der Ausweisung aus dem Saale endete. Daraufhin verließen mit Friedländer die übrigen Vertreter der Presse den Saal und geben nunmehr in einem Proteste in der Presse der Öffentlichkeit davon Kunde. Welcher Art diese Szenen waren, welche die Vertreter der Presse zur Einstellung ihrer Tätigkeit zwangen, geht am besten aus dem Urteile der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hervor, welche bekanntlich mit den Ärzten durch dick und dünn gehen. Dieses Blatt schreibt, daß es das Recht des betr. Redners gewesen sei, Remedur zu verlangen. „Dies

geschah jedoch in so empörender Weise, daß Friedländer auf Veranlassung seiner eigenen Kollegen den Schutz des Präsidenten Dr. Löhler-Hoium anrief. Es erfolgten nun „Raus!“-Rufe, man hörte Friedländers Verteidigung nicht an, und als sich schließlich der Präsident selbst an den Ruf beteiligte und Herrn Friedländer zum Verlassen des Saales aufforderte, nahmen sämtliche Journalisten, die der unwürdigen Szene bewohnten, Partei für ihren gemäßigten Kollegen und verließen einhellig den Saal.“ Lächerlich ist es, wenn die „Neuesten“ hinzufügen, daß Leipziger Ärzte an den Austritten nicht beteiligt gewesen seien, während alle Blätter übereinstimmend berichten, daß gerade von der „sächsischen Gruppe“ die lärmendsten Szenen ausgingen. Dagegen muß das Blatt die Behandlung Friedländers und der übrigen Journalisten einfach „als unqualifizierbar“ bezeichnen. „Das Auftreten der an jenem Konflikt aktiv beteiligten Ärzte ist umso unverständlicher, als der gesamten deutschen Ärzteschaft in ihren schweren Kämpfen teils der bürgerlichen Presse nur Gutes widerfahren ist und jene Mißhandlung daher als eine Unankartheit angesehen werden muß. Uns haben die Nachrichten aus Rostock wie ein Blitzschlag aus heiteren Himmel getroffen und wir beklagen tief, daß eine solche Verirrung selbst in der Hitze des Gefechtes bei Ärzten möglich gewesen ist.“ Wenn die „L. N. N.“ ihre Leier zu solch eclektischen Tönen stimmen müßten, dann ist zum mindesten bewiesen, daß man es, wie die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ schreibt, mit „wild gewordenen Ärzten“ zu tun hat. Mit „Erledigung“ dieses Punktes war die „Arbeit“ des Arztetages getan, was nun noch beraten wurde, hat für unsere Leser nur ein untergeordnetes Interesse. Das eine ist aber festzustellen: Der Arztetage bot durchaus kein einheitliches Bild und viele Ärzte müßen, angewidert von solchen Vorgängen, die Hoffnung auf den „Sieg“ aufgegeben haben, zu dem trotz aller Rühmredigkeit die freiwilligen Steuern für die „Streikenden“ nur tropfenweise fließen. Etwas über 30000 Buchdrucker-gehilfen steuern seinerzeit für die ihnen beruflich fernstehenden Ermittschauer Textilarbeiter nahezu 100000 Mk., die Solidarität der standeswürdigen Ärzte brachte für die eignen Kollegen aber bis jetzt knapp 50000 Mk. auf. Von der Ärztebewegung kann man also mit Fug und Recht sagen: Viel Gejehr und wenig Wolle!

Bestrafter ärztlicher Kontraktbruch. In Nr. 63 kamen wir bei einer kurzen Schilderung des heftigen Krankentagess auch auf den Arztkonflikt in Alzey zu sprechen. Der zuständige Kreisamtmann hatte auf jener Tagung das kontraktbrüchige Verhalten des betreffenden Arztes für einfach unqualifizierbar erklärt. Die Ortskrankenkasse in Alzey hat nun gegen diesen Arzt, welcher sich in aller Form der Klasse gegenüber verpflichtet hatte, am Tage der Ueberrahme der Rassenpraxis aber den Dienstantritt verweigerte, so daß in Alzey den Krankentagessmitgliedern kein einziger Arzt zur Verfügung stand, eine Schadenersatzklage angestrengt. Das Gericht hat jetzt auf das Vermögen des betreffenden Arztes vorläufigen Arrest in Höhe von 15000 Mk. verfügt. Vielleicht dämpft dieser Vorfall den Eifer der Arztführer doch etwas ab.

Eine fürchterliche Niederlage erlebte die bekannte Siemenssche Glasfabrik in Dresden-Löbtau mit ihrer Beleidigungsklage gegen drei Redakteure der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, welcher Prozeß auch wieder vom Staatsanwalte im öffentlichen Interesse geführt wurde, wie das jetzt immer häufiger vorkommt, wenn über unternehmerische Missetaten vor dem Forum der Öffentlichkeit das richtige Urteil gesprochen wird; auch der „Corr.“ kann ja Beweise für diese staatsanwaltschaftliche Fürsorge beibringen. Dieser vor dem Dresdener Gerichte geführte, von früh morgens bis Mitternacht sich hingezogene Prozeß hat nun all die schweren Beschuldigungen gegen die Siemenswerke bezüglich schlechter Bezahlung, härtester Behandlung und skrupelloser Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch die Fabrikleitung erhärtet. Es weht aus dieser Verhandlung die Luft des Tenzenprozesses und das Urteil — die Redakteure Feilner und Nischke erhielten je 1200 Mk. Geldstrafe, während Redakteur Klein freigesprochen wurde — vermag an dieser Auffassung an allerwenigsten zu rütteln. Wenn es nach der in nachfolgender Notiz wiedergegebenen Ansicht eines englischen Richters ginge, hätten die angeklagten drei Redakteure vom Gerichtshofe eine förmliche Anerkennung erhalten müssen, weil sie im öffentlichen Interesse ein Fabrikregime, wie es schlimmer und doch noch nicht vorgekommen ist, das aus preßgesetzlichen Gründen aber nicht beim richtigen Namen genannt werden kann, scharf beleuchteten. Die Siemensgesellschaft verteilt 18 Proz. Dividende, bezahlt ihre Arbeiter — meistens billige Ausländer — aber so schlecht, daß die Gemeinde Löbtau im Jahre 1898 allein 78000 Mk. Armen-Unterstützung an Siemensche Arbeiter zahlte. Der Direktor der Gesellschaft erklärte, daß nur hier und da die Löhne ermäßigt werden mußten. Während aber die Lohnlisten höhere Löhne auswiesen, gaben die Lohnbeutele niedrigere an. In einem Falle hat einmal ein Arbeiter während einer Woche nach Abzug der Rassenbeiträge einen ganzen Pfennig erhalten! Die Dresdener Gewerbetreibenden haben aus eignen Mitteln den klagenden Siemensschen Leuten gegeben, damit dieselben sich zu essen kaufen konnten ein Arbeiter hatte gar zwei Tage keine Nahrung zu sich genommen. Die Klagen der beiden Dresdener Gewerbetreibenden waren jedenfalls für die Siemensgesellschaft am meisten belastend. Einmal waren 50 Klagen zugleich gegen die Firma angehängt.

Fortsetzung in der Beilage.

### Fortschreibung aus dem Hauptblatte.

Die Gesellschaft setzte alle Mittel in Bewegung, um die Gewerbetreibenden in ihrem objektiven Urteile schwanken zu machen; bis zur Kreishauptmannschaft verjuchte sie diesen Weg. Der eine Gewerbetreibende sagte einmal, das Verhalten der Firma in einer bestimmten Sache den Arbeitern gegenüber könnte als Betrug aufgefaßt werden. Beide Richter aber bezeichneten die Praktiken der Firma als sehr inhuman, ein Vertreter der Firma allerdings als nicht zu scharf, eher zu mild. Während der Direktor behauptete, das Koalitionsrecht werde nicht unterdrückt, soweit dessen Ausübung sich in gesetzlichen Rahmen vollziehe, konnte andererseits dokumentiert werden, daß ein zu unterzeichnender Nevers die Mitgliedschaft zum Glasarbeiterverbande oder eine ähnliche Betätigung von vornherein ausschließe. Das Gericht erklärte ja dann auch den Wahrscheinlichkeitsbeweis bezüglich der Unterdrückung des Koalitionsrechtes für erbracht. Daß wegen der übrigen vielen Beschuldigungen der Gerichtshof trotz gravierender Aussagen nicht der gleichen Ansicht war, ist ebenso auffallend, wie die Meinung, daß die Angeklagten gewohnheitsmäßig in ihrer Tätigkeit als Redakteure befehligen, für unvornehme Nachsprechung bezeichnend ist. In Deutschland hat man ja in so vielen Beziehungen höchst eigenartige Anschauungen.

Die Richter in England sind recht freimütige Leute. Vor Jahr und Tag sagte einmal ein solcher, der Streikbrecher wäre das für seine Berufsgenossen, was ein Landesverräter für das Vaterland ist. Jetzt wird von einem die englischen Richter wieder recht günstig besprechenden Vorfalle berichtet. Ein englischer Journalist wollte sich nämlich über die Verhältnisse in dem Armenhause der Stadt Wolverhampton informieren. Da ihm als Journalist dies nicht gelungen wäre, verkleidete er sich als Arbeiter und wurde unter der Vorpiegelung, er sei Schriftsetzer und insofern längerer Arbeitslosigkeit in große Not geraten, auch aufgenommen. Ueber seine Wahrnehmungen im Armenhause schrieb er dann einen Artikel, der allerdings nicht gerade vorteilhaft für die Armenhausverwaltung ausfiel. Die betreffenden maßgebenden Kreise spielten natürlich die gekränkte Leberwurst, doch war dem Pseudoschriftsetzer mit einer Verleumdungsklage nicht beizukommen, weil dessen Schilderung der Wahrheit entsprach. Schließlich kam ein ganz Gelehrter aus dem Gebante, den verwagenden Journalisten mit einer Klage wegen Betruges auf den Leib zu rücken, da er unter Vorpiegelung falscher Tatsachen sich Eingang in das Armenhaus verschafft, also auf Kosten der Stadt bereichert habe! Der böse Zeitungsmanch wurde aber freigesprochen mit folgender Begründung: „Eine solche Klage hätte nicht erhoben werden dürfen. Im Gegenteil, der Journalist habe sich um seine Mitbürger verdient gemacht. Wäre er unberleumdet gekommen und hätte als Journalist Einsicht in die Verhältnisse zu nehmen gewünscht, so wäre man ihm sicherlich sehr freundlich begegnet und hätte ihm alles so gesagt, daß es im richtigen Lichte erschienen wäre. In Wirklichkeit hätte der Mann nicht viel zu sehen bekommen. So habe er gerade den richtigen Weg gewählt und er verdiene Lob für das, was er getan und geschrieben habe.“

Ein Pfarver als Lohnrücker. In Kaiserswerth führt die dortige Diakonissenanstalt einen Neubau auf. Der evangelische Pfarver als Bauherr weigert sich, die in dortiger Gegend üblichen Löhne zu zahlen, so daß die Maurer die Arbeit niederlegten. Nun ist dieser echt christliche Mann auf der Suche nach Streikbrechern.

Der Vorstand des Vereins Bremischer Baugewerksmeister verfaßt eine schwarze Liste, in welche die Namen von 2601 Arbeitern aufgenommen sind, zum Teile von solchen, die noch in Arbeit stehen. In einem Begleitschreiben wird gebeten, diese Arbeiter nicht einzustellen. Das Wort Brentanos hat immer noch seine Geltung: Der deutsche Arbeiter hat das Koalitionsrecht, gebraucht er es aber, wird er bestraft.

Streikposten in Ketten ist das Neueste in Breslau, der Stadt einer besondern Streikjustiz. Als dieser Tage ein Streikposten einem Schutzmann begreiflich machte, daß dieser kein Recht habe, ihn fortzuweisen, und sich die Nummer des Schutzmannes merken wollte, kamen flugs noch zwei Schutzleute herbei, legten den Mann in Fesseln und führten ihn zwecks Feststellung seiner Personalien zur Wache.

In Nürnberg sind 120 Dachdecker ausgesperrt worden. — Die Maurer in Salzwedel haben die Arbeit eingestellt. — Der Samburgener Brauerstreik ist nun tatsächlich zu gunsten der Arbeiter beendet und der über verschiedene Brauereien verhängte Boykott aufgehoben. Die festgesetzten Lohnsätze und Arbeitsbedingungen haben bis 1. Januar 1907 Gültigkeit.

In London streiten 79 Telephonistinnen am Zentraltelephonamt, weil die Dienststunden täglich um zwei verlängert werden sollten. Sie erschienen zwar sämtlich in den Diensträumen, weigerten sich aber, ihre Tätigkeit aufzunehmen. — Wegen einer Mahregelung streiten in Bantercie (Russisch-Polen) 4000 Textilarbeiter.

Die Aussperrung der dänischen Buchbinder ist nach einer Dauer von drei Monaten beendet und die Arbeit wieder aufgenommen worden. Durch Verhandlungen, an denen auch Vertreter der beiden Hauptorganisationen der Arbeiter und Arbeitgeber Dänemarks teilnahmen, ist nun endlich ein Uebereinkommen erzielt worden und zwar auf fünf Jahre. Die Stundenlöhne sind dadurch sowohl in Kopenhagen als auch in den Provinzstädten um 1 bis 3 Dore erhöht; die Urtordlöhne sollen durch eine gemeinsame Kommission geregelt werden.

### Gingänge.

Deutscher Buch- und Steindrucker. Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage: Graphische Feiertunden. Verlag: Ernst Morgenstern, Berlin W 57. X. Band, Heft 9. — Dem Inhaltsverzeichnis entnehmen wir folgende bemerkenswerte Titel: Druckübernahmevertrag, Die Graphik auf der Großen Berliner Kunstausstellung 1904, Neuere deutsche Buchkünstler, Die Roulette in der Hand des Maschinenmeisters, Der Abziehbilderdruck, Aus der Schriftgießerei, Beschleunigung des Handabgabes durch Logotypen, Neues für Maschinensetzer.

### Briefkasten.

E. S. in Wiesbaden: 1. Die Krankenkasse ist dazu berechtigt. 2. Eine Woche ist kein größerer Zeitschnitt in diesem Sinne. Mindestens muß dafür ein Monat zugrunde gelegt werden. — F. S. in Ansbach: Bitte senden Sie ein. — P. S. in Aachen: Das ist keine ordnungsmäßige Kündigung, wenn Sie aber nicht sofort Widerspruch erhoben haben, kann der Faktor für Einverständnis annehmen. Sagen Sie ihm, daß Sie tarifliche Kündigung beanspruchen.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chantienplatz 5, III.

### Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für: die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Châlet du midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Balscechi, Lugano, Via nuova 13; Elsaß-Lothringen an Alphonse Schmoll, Straßburg, Langestraße 146; Oesterreich, an Franz Reismüller, Wien VII/1, Bieglergasse 25, 4. Etage, II. Stock 33; Belgien an Wilh. Sarlage, Place de la Duchesse 6, Brüssel; Ungarn an Julius Peil, Budapest VIII, Stáhlly-utca 7; Preßburg an Samu Löwy, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Hols, Amsterdamb, Bloemstraat 60 huijs; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nydrogade 12 K. Berlin.

### Der Vorstand.

Saalgau. Gausterbekasse. Den verehr. Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß das Ausschikant in Charlottenburg in seiner Sitzung am 10. Juni 1904 die Auflösung der Kasse genehmigt hat. Die Verteilung des Vermögens der Sterbekasse an die Mitglieder könnte nunmehr vor sich gehen. Wer außerdem noch irgendwelche Ansprüche an die Kasse hat, möge bis zum 15. Juli 1904 dieselben an den Vorsitzenden E. Hallupp, Halle a. S., Jakobstraße 26 H, III, einreichen.

Schlesien. Bei der am 24. Juni stattgehabten Neuwahl des Gauvorstandes wurden 413 gültige Stimmzettel abgegeben. Es erhielten: als Vorsteher Karl Fiedler 387, als stellvertretender Vorsteher Karl Seißner 402, als Schriftführer Paul Büchner 404, als Kassier Max Reich 399 Stimmen. 3 Stimmzettel waren weiß; zerstückelt 55 Stimmen. Die Gewonnenen sind somit gewählt.

Schleswig-Holstein. Verbandskasse. 1. Quartal. Einnahme: Eintrittsgeld 20 Mk., Beiträge 9579,80 Mk., Strafgebu 9,80 Mk., Vorfuß 2225 Mk., zusammen 11834,60 Mk. Ausgabe: Reise-Unterstützung 809,45 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 1293,50 Mk., Kranken-Unterstützung 2785,85 Mk., Invaliden-Unterstützung 955,50 Mk., Begräbnisgebu 300 Mk., sonstige Ausgaben 3 Mk., 3 Proz. Verwaltungskosten 288,29 Mk., Vorfuß für das 2. Quartal 2200 Mk., an die Hauptverwaltung 3199,01 Mk., zusammen 11834,60 Mk. — Ausgabe. Einnahme: Bestand am 1. Januar 2365,70 Mk., Beiträge (8716 + 25 Pf.) 2179 Mk., Remuneration von der Verbandskasse 288,19 Mk., zusammen 4832,99 Mk. Ausgabe:

Remuneration des Gauvorstandes (1/4, Proz.) 177 Mk., der Mitgliedschaften (1/4, Proz.) 134 Mk., Porto der Mitgliedschaften 50,24 Mk., Porto des Gauvorstandes 59,61 Mk., Schreibmaterialien usw. 7,22 Mk., Agitation 6 Mk., Unterstützung an Arbeitslose 482 Mk., an Arbeitsunfähige 874 Mk., Begräbnisgebu 150 Mk., Literatur 1,52 Mk., „Corr.“-Obligatorium 465,19 Mk., paritätischer Arbeitsnachweis in Kiel 8,50 Mk., Kranz und Band sowie „Corr.“-Annonce für einen Kollegen 12,25 Mk., Drucksachen 254 Mk., Gantagskosten 428,10 Mk., zusammen 3109,71 Mk. Der Bestand verringerte sich um 642,42 Mk.; derselbe betrug am 1. April nur noch 1723,28 Mk. Mitgliederstand am Quartalschluß 725, Zunahme 27.

Bezirk Bochum. Die Adresse des Bezirksvorsitzenden lautet vom 1. Juli ab: Emil Albrecht, Bochum, Biemelhauserstraße 33.

Bezirk Rottbus. Die Adresse des Kassierers lautet vom 1. Juli ab: Jul. Greimann, Rottbus, Belleuestraße 13. — Die Beiträge für Juni sind bis spätestens 3. Juli einzusenden; die bisher geübte Rücksicht auf Nachzügler bei Fertigstellung des Abschlusses kommt künftig in Wegfall. — Das Bezirksjohannisfest findet Sonnabend den 16. Juli im „Ewolt“ in Forst statt.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einnahmen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dresden der Sezer Theodor Busch, geb. in Dresden 1875, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — In Bittau der Sezer Oskar Seremias, geb. in Ebersbach 1885, ausgel. in Seiffenersdorf 1904; war noch nicht Mitglied. — H. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In Eberswalde 1. der Sezer Albert Stibbe, geb. in Kößlin 1879, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied; 2. der Drucker August Arndt, geb. in Blasewitz (Kreis Anklam) 1885, ausgel. in Anklam 1903; war noch nicht Mitglied. — In Pritz der Drucker Erich Schwarz, geb. in Stargard i. P. 1881, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Stargard i. P. die Sezer I. Emil Krüger, geb. in Stargard i. P. 1885, ausgel. das. 1904; 2. Wily Priem, geb. in Stargard i. P. 1886, ausgel. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — W. Wila in Stettin, Birkenallee 40, p.

In Fulda der Drucker Umand Franz B. Fischer, geb. in Fulda 1883, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — A. Holland in Gießen, Schulstraße 11.

In Göttingen der Sezer Adolf Wolter, geb. in Northeim 1880, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — H. Bornemann, Obere Karppüle 9.

In Kassel die Sezer I. Wilhelm Schneider, geb. in Kassel 1845, ausgel. das. 1904; 2. Christ. Junker, geb. in Kassel 1886, ausgel. das. 1904; 3. Frd. Freiburgh, geb. in Wehdeleben 1886, ausgel. in Kassel-W. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Bad Willungen der Sezer Oswald Richter, geb. in Mühlberg (Elbe) 1882, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — R. Engelbach in Kassel, Katenalstraße 12, II.

In Krefeld die Sezer I. Bernhard Schroers, geb. in Kempen (Rh.) 1886, ausgel. das. 1904; 2. Johannes Schmitz, geb. in Krefeld 1885, ausgel. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Bieren 1. der Drucker Hubert Köhnen, geb. in Bieren 1882, ausgel. das. 1900; 2. der Sezer August Schroeren, geb. in Bieren 1882, ausgel. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Murrmann in Krefeld, Blumenstraße 91.

In Offenbach die Dieher 1. Franz Kettenbach, geb. 1886, ausgel. 1904; 2. Andreas Schröder, geb. 1886, ausgel. 1904; 3. Hermann Wiegand, geb. 1885, ausgel. 1904; 4. der Galvanoplastiker Arthur Laug, geb. in Reudnitz 1878, ausgel. in Leipzig; 5. der Sezer Friedrich Ewald, geb. in Feschenheim 1886, ausgel. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Otto Schulze, Or. Biergrund 4, I.

In Quedlinburg die Drucker 1. Hermann Gröper, geb. in Niedersleben 1874, ausgel. das. 1893; 2. Otto Laag, geb. in Verburg 1871, ausgel. in Giften 1889; 3. der Sezer Bruno Schellenberg, geb. in Geringswalde (Sachsen) 1873, ausgel. in Thum (Erzgeb.) 1891; 4. der Schweizererdegen Franz Schmidt, geb. in Rißitz 1876, ausgel. in Stettin 1894; waren schon Mitglieder; 5. der Drucker Friedrich Westphal, geb. in Quedlinburg 1886, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — W. Zeuthen in Halberstadt, Georgenstraße 5.

In St. Fargbert (Pfalz) der Schweizererdegen Emil Fischer, geb. in Neutlingen (Württemberg) 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — C. Madenach in Saarbrücken, Gärtnerstraße 23.

In Strausberg der Sezer Fritz Biquett, geb. in Kallen (Kr. Fichtsbäumen) 1874, ausgel. in Thorn 1892; war noch nicht Mitglied. — Franz Beyersdorff, Blumenstraße 5.

